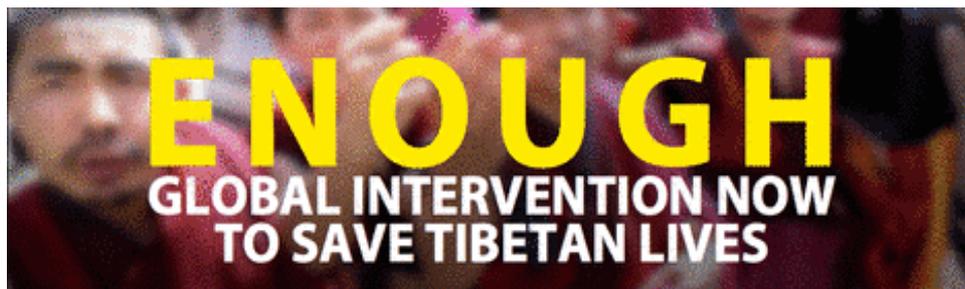




**GENUG
IST
GENUG,
CHINA !**



Stilles Gedenken

**Mittwoch, 2. November 2011
20.00 Uhr**

**Allendeplatz 3
(vor dem Abaton-Kino)
20146 Hamburg**

Nach der Multimedia-Lesung „Kein Pfad führt zurück. Eine abenteuerliche Familiengeschichte, die im Himalaya ihren Anfang nahm ...“ mit Maria Blumencron und Chime Yangzom um 18.00 Uhr im Abaton-Kino findet auf dem Allendeplatz 3 vor dem Kino ein stilles Gedenken an die Selbstverbrennungen in Tibet statt.

Selbstverbrennungen in Tibet

Zehn tibetische Mönche und eine Nonne zündeten sich an

Reaktionen des deutschen Außenministeriums, des Tibet-Gesprächskreises im Bundestag, der Europäischen Union und des Tibetischen Parlaments-im-Exil

Nach den Selbstverbrennungen von zehn Tibetern und einer Nonne in Ostt Tibet / chinesische Provinz Sichuan (27. Februar 2009 bis 25. Oktober 2011) forderte die Bundesregierung China auf, seine „Politik so zu gestalten, dass bestehende Spannungen abgebaut werden. Der Sprecher des Außenministeriums, Andreas Peschke, teilte mit, daß man *„auf verschiedenen Ebenen in ständigem Kontakt“ mit der chinesischen Regierung sei. Transparenz ist herzustellen und ungehinderter Zugang zu den Klöstern. Dazu ist der Schutz der einzigartigen Kultur der Tibeter einschließlich ihrer religiösen Traditionen unabdingbar.*“ Der Dalai Lama bleibt aufgefordert, auf die Mönche in Tibet einzuwirken, *„damit die jungen Mönche diesen furchtbaren Weg (den Weg der Selbstverbrennungen) nicht weiter beschreiten“.* Die Regierung in Peking erklärte, man werde Ordnung und Sicherheit in der Region durchsetzen. Einmischungen aus dem Ausland in innere Angelegenheiten sind zu unterlassen.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses Ruprecht Polenz (CDU/CSU), der Menschenrechtspolitische Sprecher Volker Beck (Bündnis 90/Die Grünen) sowie der Tibet-Gesprächskreis im Deutschen Bundestag (Harald Leibricht / FDP, Sabine Bätzing-Lichtenthaler / SPD und Sabine Weiss / CDU) äußerte sich zur aktuellen Lage in Tibet. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel wird in einem Brief des Tibet-Gesprächskreises gebeten, auf dem G 20-Gipfel in Cannes ihren Einfluß geltend zu machen, daß die in der chinesischen Verfassung verankerten Grund- und Menschenrechte auch für das tibetische Volk gültig werden. *„Es darf nicht der Eindruck entstehen, daß wirtschaftlicher Erfolg und Handelsbeziehungen gegen Menschenrechte aufgewogen werden.“ „ ... die chinesische Regierung (ist) aufzufordern, anstelle von Gewalt mit Dialog auf die legitimierten Anliegen der Tibeter zu reagieren.“*

In einem „gemeinsamen Entschließungsantrag zu Tibet, insbesondere zu den Selbstverbrennungen von Nonnen und Mönchen“, fordert das Europäische Parlament am 26.10. 2011 unter Punkt 18 die Volksrepublik China auf, *„die religiösen Freiheiten und die grundlegenden Menschenrechte der Kloster- und Laien-Gemeinschaften in Ngawa zu achten und die Umsetzung der religiösen Kontrollverordnungen auszusetzen, damit die tibetischen Buddhisten religiöse Lehrer im Einklang mit den tibetischen Traditionen auswählen und ausbilden können, die seit 2008 in Ngawa betriebene Religions- und Sicherheitspolitik zu überprüfen und einen transparenten Dialog mit den Leitern der tibetisch-buddhistischen Schulen zu beginnen.“*

Unter Punkt 17 werden *die Mitgliedsstaaten, die der G-20 angehören, sowie die Präsidenten der Kommission und des Europäischen Rates*, aufgefordert, *die Menschenrechtslage in Tibet gegenüber Hu Jintao, Präsident der Volksrepublik China, bei dem bevorstehenden Gipfeltreffen der G-20 am 2./4. November 2011 in Cannes zur Sprache zu bringen.*“

Das Tibetische Parlament-im-Exil fordert in einer Presseerklärung vom 27. Oktober 2011 die internationale Gemeinschaft auf, „eine unabhängige Untersuchung der düsteren Lage in Tibet durch neutrale Journalisten, Forscher und Politiker“ durchzuführen.“

Was ist in Osttibet geschehen?

Das seit 1950 von den Truppen Mao Tse Tungs eroberte und annektierte Tibet steht auch heute noch unter der Herrschaft Pekings. Die Kader der Kommunistischen Partei Chinas, die mit ihrem von GEO EPOCHE unlängst als „roter Bandit“ gekennzeichneten Staatsgründer noch nicht gebrochen haben, ihn mythologisieren, als „großen Steuermann“ idealisieren, als Ikone und mit 30 % (70 % schlecht, 30 % gut) noch verehren, setzen seit 2008 wieder „kulturrevolutionäre“ Praktiken in Tibet fort. Der Tibet-Wissenschaftler Prof. Robert Barnett in den USA spricht von Antworten verzweifelter Mönche, die dem Druck der chinesischen Behörden auf ihre Klöster nicht mehr standhalten können. Mehr als 80 % der Klosterinsassen von Kirti, das mit 2500 Insassen eines der größten Klöster in Osttibet gewesen ist, wurden zur „patriotischen Umerziehung“ weggeschafft, wobei die Behörden auch die Versorgung mit Wasser und Lebensmittel für das Kloster sperren.

Tibeter in Tibet, in China und im Exil sind nicht nur entsetzt, daß ihre Landsleute Hand an sich legen, sich anzünden, verbrennen und mit lebensgefährlichen Verletzungen im Krankenhaus liegen, in ihrem Kloster sind oder an unbekanntem Orten versteckt gehalten werden. Sie sind auch entsetzt darüber, daß der chinesische Staat das Prinzip des gewaltlosen und friedlichen Widerstands der tibetischen Buddhisten durch seine scheinheiligen und heuchlerischen Ordnungs- und Sicherungsmaßnahmen, der sogen. Terrorismusbekämpfung, mit unverminderter Härte, Ignoranz, Arroganz und vielleicht auch Hilflosigkeit zerstört. Truppen sind in der Region wieder verstärkt zusammengezogen worden.

Ein Hinweis auf die verbrecherischen Reaktionen der Kommunistischen Partei sind die gebetsmühlenhaft immer wiederholten Litaneien über die Dalai-Clique, über den Dalai Lama als Wolf im Schafspelz, der mit den Tibetern im Exil einen „verkappten Terrorismus“ fördere. Jiang Yu, die Sprecherin des chinesischen Außenministeriums, glaubt, daß die „Dalai-Gruppe“ die Vorfälle bewusst hochspielt. Durch die seit 2006 gegründeten „Antiterrorereinheiten der Polizei“ wird eine Antwort der Kommunistischen Partei der VR China gegeben. Damit verspielt die in China allein herrschende Partei die Chance, den Tibetern das Recht auf freie Religionsausübung zu gewährleisten und dafür Sorge zu tragen, daß das Bekenntnis zur Person des Dalai Lama auch öffentlich erfolgen kann.

Was wünschen wir uns in Hamburg?

Die Tibet Initiative Deutschland e.V., Regionalgruppe Hamburg wünscht sich nach 20jährigem bürgerschaftlichem Engagement in der Menschenrechtsarbeit, daß das Thema Menschenrechte in Tibet sowohl im Senat als auch in der Bürgerschaft auf

die Agenda kommt. Wir sind es unserem demokratischen Werteverständnis schuldig, daß die Freie und Hansestadt Hamburg, die mit der bedeutenden chinesischen Stadt Shanghai eine Partnerschaft eingegangen ist, die Chinawochen (CHINA TIME) im nächsten Jahr wieder ausrichtet, ein Konfuziusinstitut und mit der Universität die Asien-Afrika-Abteilung in seinen Mauern beherbergt, Tenzin Gyatso, den XIV. Dalai Lama im Rathaus empfing, auch auf die Menschenrechtsverletzungen in China und Tibet eine umfassende Antwort findet. Die Resolutionen der Bürgerschaft zu den Laogais (Arbeitslager in China) und zu dem Künstler Ai Weiwei sind erfreuliche Reaktionen, die nicht genug gewürdigt werden können. Handelskammer, Deutsch-Chinesische Gesellschaften und Institutionen, Schulen mit umfassendem Chinesisch-Unterricht bleiben aufgefordert, ihren Blickwinkel auf die menschenrechtliche Situation in China, Tibet, Innere Mongolei und Ostturkestan (Xinjiang) zu richten.

Tibet Initiative Deutschland e.V.
Regionalgruppe Hamburg

Kulturhaus Eppendorf
Julius-Reincke-Stieg 13a
20251 Hamburg
Tel.: 040 - 47 93 47
Mobil: 0177-5604623
tid-hamburg@gmx.de
www.tibet-hamburg.de

